

## Strategien für die Herausforderungen der 90er Jahre

Die Vertragspartnerschaft kriselt. Verantwortlich dafür ist eine Konzentration des Kapitals und die Schwächung der Arbeitgeberorganisationen wie der Gewerkschaften. Diese müssen ihre Kräfte sammeln. Ziel: starke Einheitsorganisationen, die in den Betrieben gut und demokratisch verankert sind.

Wie schon in den Kriseneinbrüchen 1974/76 und 1981/82 werden auch heute die Verunsicherung und die Angst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Arbeitgeberseite dazu ausgenützt, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. In der Textilindustrie hat Adrian Gasser als erster Gesamtarbeitsverträge nicht mehr erneuert, Firmen geschlossen und zu neuen Bedingungen wieder eröffnet und mit Hilfe von Personalabbau und „Säuberungsaktionen“ beim Kader eine Deregulierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Zwar hat der Arbeitgeberverband der Textilindustrie (VATI) gegen den Aussenseiter Stellung bezogen. Andererseits nahm er ihn aber auch zum Vorbild und zum Vorwand, um einen Gesamtarbeitsvertrag, den Gruppenvertrag der Spinnereien, mit den Gewerkschaften nicht mehr zu erneuern. Wesentlich besser ist die Situation in der Papierindustrie und in der Chemie. Aber auch dort gibt es Absichten und Erklärungen, nach welchen gewisse Errungenschaften der Gesamtarbeitsverträge, insb. der automatische Teuerungsausgleich, in Frage gestellt werden sollen.

Natürlich kommen die verstärkten Angriffe der Arbeitgeberseite nicht völlig unerwartet. Mit dem tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel seit der Mitte der siebziger Jahre ist ja in vielen Ländern ein Modell der Politik in die Krise geraten, welches nicht nur die Sicherung der Vollbeschäftigung, sondern auch der Ausbau des Sozialstaates und der liberalen und sozialen Demokratie zum Inhalt hatte. Bei uns in der Schweiz hat sich diese Krise des Wohlfahrtsstaates nicht sehr rasch und nicht sehr offen gezeigt. Sowohl während der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre als auch während den achtziger Jahren blieben die Beziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie das System der politischen Konkordanz erstaunlich stabil. Seit einiger Zeit haben sich aber nun die Anzeichen vermehrt, dass diese Stabilität in den neunziger Jahren zu Ende gehen könnte.

Hinter der Krise der Vertragspartnerschaft oder der „Sozialpartnerschaft“ (falls es eine solche je gegeben hat) stehen sicher verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen. Erinnert sei hier nur an die Flexibilisierungsvorgänge auf der Ebene der Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Während es früher verschiedene Regelungen und Institutionen gab, welche für eine gewisse Stabilität der Produktion, der Preise und der Löhne innerhalb einer Branche sorgten, werden heute solche Branchenkoordinierungen und Regelungen zunehmend in Frage gestellt. Die Zentralisation und die Konzentration des Kapitals ist heute so weit fortgeschritten, dass solche Regelungen der Produktion, der Preise und des Arbeitsmarkts durch grosse Firmen und multinationale Konzerne selber ausgeübt werden können. Damit führt der verstärkte Wettbewerb dazu, dass sich Aussenseiter wie Adrian Gasser in der Textilindustrie oder grosse Konzerne wie Tagesanzeiger und Ringier nicht mehr an Branchenvereinbarungen und Gesamtarbeitsverträge halten. Parallel einher gehen eine Schwächung und ein Zerfallsprozess der Arbeitgeberorganisationen, welche nicht mehr in der Lage sind, ihre Mitglieder zusammenzuhalten und an Branchenvereinbarungen zu binden, was nur zu oft durch flotte neoliberale und konservative Sprüche und Parolen übertüncht wird. Die Gewerkschaften und die Linke werden als Feindbild emporstilisiert, um den auseinanderfallenden Verband zusammenzuhalten.

Sicher gehört zur Krise der Vertragspartnerschaft nicht nur eine Schwächung der Arbeitgeberorganisationen, sondern auch eine Schwächung der Gewerkschaften. Wir haben zum Teil die Anpassungsprozesse nicht vollzogen, welche sich mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel aufdrängen. In der Textilindustrie sind seit den 60er Jahren die Beschäftigungszahlen kontinuierlich rückläufig, durchschnittlich gehen die Belegschaften jährlich seit 1960 um 3,3% zurück. In der Chemischen Industrie gibt es jedoch keinen solchen Rückgang. Doch hat sich aber insbesondere in der Basler Chemie das Verhältnis der in der Produktion tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen weiterhin zugunsten der sogenannten Angestellten verschoben: Die Beschäftigten unter dem Gesamtarbeitsvertrag stellen heute in den Stammwerken eine deutliche Minderheit dar. Eine vergleichbare Entwicklung hat auch die Papier- und Kartonindustrie durchgemacht. In den Bereichen, in denen wir als Gewerkschaft gut verankert sind, geht die Zahl der Beschäftigten tendenziell zurück. Gleichzeitig konnten wir in den Wachstumsbereichen der Angestellten, Labor, Forschung, Entwicklung, Büro, nicht genügend Fuss fassen. Unsere Analysen haben aber auch gezeigt, dass wir als GTCP nicht nur bei den Angestellten, sondern auch bei anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere bei den Jugendlichen und bei den Frauen Organisationsdefizite haben.

Es ist klar, dass die GTCP als kleine Gewerkschaft im Industriebereich die Probleme, welche sich heute im grösseren oder kleineren Ausmass allen Gewerkschaften stellen, besonders stark zu spüren bekommt. Den wachsenden Aufgaben und notwendigen Reformen stehen knapper werdende Mittel gegenüber. Zudem

bekommt im Zeitalter des Europäischen Binnenmarktes die europäische und internationale Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften einen zentralen Stellenwert. Auch in dieser Frage sind einer kleinen Gewerkschaft enge Grenzen gesetzt. Aus diesen Gründen hat sich die GTCP an ihrem letzten Kongress im September 1990 in Basel nach einer eingehenden Diskussion und Analyse der gewerkschaftlichen Situation zum Projekt eines Zusammenschlusses mit der Gewerkschaft Bau und Holz entschlossen. Den Delegierten dieses denkwürdigen Anlasses war klar, dass wir uns in der heutigen Situation die für die Schweiz typische extreme Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung und den damit verbundenen enormen Verschleiss an Ressourcen und Kräften nicht mehr leisten können. Die Schweiz scheint auch in Gewerkschaftsangelegenheiten ein Sonderfall zu sein. Gemessen am Resultat glauben wir, uns den aufwendigsten und teuersten Apparat leisten zu können. Da sich heute aber die Bedingungen für unsere Arbeit rasch verändern und zum Teil auch verschlechtern, ist in den Gewerkschaften unverzüglich eine Neuorientierung nötig. Wir müssen unsere Kräfte sammeln und konzentrieren.

Verschiedene soziologische Untersuchungen haben deutlich gezeigt, dass in Europa die Gewerkschaften überall dort erfolgreich und stabil sind, wo es starke Einheitsorganisationen gibt, die auch in den Betrieben gut verankert und demokratisch aufgebaut sind. Mit dem geplanten Zusammenschluss von GTCP und GBH wollen wir eine Antwort auf die uns gestellten Herausforderungen finden. Einsparungen beim Apparat und in der Administration sowohl auf der Zentrale als auch in den Sektionen sollen Kräfte für eine wirksame gewerkschaftliche Bewegungsarbeit freimachen. Mit der Fusion kann sodann ein mitgliedernahes und lückenloses Betreuungsnetz aufgebaut werden. Denn hier weist die kleine GTCP empfindliche Schwächen auf. Ein solches Betreuungsnetz kann das Rückgrat für die heute höchst wichtige Stärkung der Gewerkschaft in den Betrieben bilden. Schon die Strukturreform der GTCP von 1982 hatte zum Ziel, die Gewerkschaft näher an die Betriebe zu bringen. Zum Teil waren wir dabei erfolgreich; sehr schnell zeigten sich aber auch die Grenzen unserer Möglichkeiten. Die Verbesserung der Mitgliederbetreuung soll uns in Zukunft erlauben, eine unserer wichtigsten Zielsetzungen zu erreichen: die Verstärkung unserer Vertrauensleutkörper und den Aufbau stabiler Betriebsgruppen. Ebenso wollen wir mit dem Zusammenschluss Kräfte frei machen, um die heute dringend notwendige selbständigere Organisierung und effizientere Betreuung der Interessengruppen - Jugend, Frauen, Angestellte, Kader sowie Ausländerinnen und Ausländer - zu verbessern. Hier sollen Strukturen geschaffen werden, welche sowohl eine grosse Eigenständigkeit und Mitgliedernähe als auch eine professionelle Betreuung von Seiten des Gesamtverbandes ermöglichen. Beim Zusammenschluss müssen deshalb Strukturen geschaffen werden, die einerseits den Sektionen, Regionen, Branchen und Interessengruppen eine möglichst grosse Autonomie und einen weitestgehenden demokratischen Einbezug der Mitglieder ermöglichen, die aber andererseits durch eine Konzentration der Mittel und eine klare, einheitliche Gewerkschaftspolitik ein geschlossenes Auftreten gegenüber der Arbeitgeberseite erlauben. Denn dies ist zweifellos die wichtigste Zielsetzung: Mit der Fusion wollen wir auch unsere gewerkschaftliche und politische Schlagkraft erhöhen. Dies ist bitter nötig, wenn in Zukunft die Gesamtarbeitsverträge vor der Aushöhlung oder gar der Abschaffung verteidigt werden sollen. Die Arbeits- und Vertragsbedingungen in der Schweiz dürfen in Zukunft nicht nur von den Absichten und Zielen der Unternehmerseite abhängen.

Nicht zuletzt ist auch festzuhalten, dass wir uns in Zukunft nicht auf strukturelle Reformen beschränken dürfen. Ebenso wichtig ist in dieser Zeit einer unglaublichen Desorientierung - gerade auch bei Gewerkschaftsexponenten - die Erarbeitung klarer programmatischer Leitlinien und Fixpunkte. Wir werden uns darüber klarwerden müssen, wofür wir über die alltägliche Gewerkschaftsarbeit hinaus in den neunziger Jahren kämpfen wollen. Eine Idee wird dabei unverzichtbar sein: Gleichberechtigung und Solidarität. Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, zwischen Schweizern und Ausländern. Solidarität der Privilegierten mit den Diskriminierten. Gleichberechtigung und Solidarität müssen der Zweidrittelsgesellschaft entgegengestellt werden, auf die wir uns zubewegen. Mit Foto von Hans Schächli.

Hans Schächli, Präsident GTCP Schweiz.

Gewerkschaftliche Rundschau, Nr. 1/1992.

GTCP Schweiz > Einheitsgewerkschaft. Hans Schächli. 1992-01-01.doc.